

### Niederschrift Nr. 3

#### über die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Schwentental am Montag, dem 22. September 2008 im Rathaus, Großer Bürgersaal

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Öffentlicher Sitzungsteil:

Frau Bürgervorsteherin Lange-Hitzbleck eröffnet die Sitzung der Stadtvertretung um 19:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung vom 12.09.2008 form- und fristgerecht zugegangen ist.

Anwesend sind:

1. Frau Angelika Lange-Hitzbleck als Vorsitzende
2. Herr Uwe Bartscher
3. Frau Maria Busch-Laurinck
4. Herr Hans Cordts
5. Herr Carsten Delle
6. Herr Gerd Dieckmann
7. Herr Rüdiger Eschmann
8. Herr Dr. Lothar Giessler
9. Herr Wilhelm Kirschstein
10. Herr Peter Köhler
11. Herr Christian Meißner
12. Herr Bernd Petersen
13. Herr Herbert Pöpelt
14. Frau Kirsten Reese
15. Herr Dr. Norbert Scholtis
16. Herr Ingo Schwerdt
17. Frau Sabine Sindt
18. Herr Volker Sindt
19. Herr Holger Staade
20. Frau Monika Vogt
21. Herr Hans-Joachim Voigt
22. Frau Kirsten Wohler-Schmidt

Entschuldigt fehlt: Herr Herbert Steenbock

Anwesend, aber nicht stimmberechtigt waren:

1. Frau Bürgermeisterin Susanne Leyk
2. Herr Gerald Menz
3. Herr Norbert Möller
4. Herr Michael Stubbmann
5. Herr Jens Becker (Protokollführer)

Die Bürgervorsteherin stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 22 Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter anwesend sind. Damit ist die Stadtvertretung beschlussfähig.

Die mit der Einladung vom 12.09.2008 übersandte Tagesordnung ändert die Stadtvertretung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

- TOP 10 – Raumplanung
- TOP 19 – Zuschussanträge des TSV Klausdorf
- TOP 21 – Sanierung der kleinen Schwentinehalle im OT Klausdorf
- TOP 27 – Grundstücksangelegenheiten
- TOP 29 – Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen setzt die Stadtvertretung die Tagesordnung wie folgt fest:

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 17.07.2008
3. Mitteilungen und Anfragen
  - a) Mitteilungen der Bürgervorsteherin
  - b) Mitteilungen der Bürgermeisterin
  - c) Anfragen
4. Antrag der SPD-Fraktion;  
hier: Kreuzung Dütschfeldredder / B 202
5. 1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 (032/2008)
6. Seniorenbeirat (050/2008)
7. Berichtswesen (043/2008)
8. Geschäftsordnung
9. Mitgliedschaft Städtetag / SHGT (044/2008)
10. Landesentwicklungsplan;  
hier: Stellungnahme zum Entwurf (049/2008)
11. Aufstellung eines Einzelhandelskonzeptes für den Ostseepark und Aufstellung des B-Planes Nr. 57 für das Gebiet "Mergenthalerstraße / Gutenbergstraße" als Umsetzungsmaßnahme einschließlich Plansicherheit;  
hier: a) Aufstellungsbeschluss (031/2008)  
b) Erweiterung des Geltungsbereiches (038/2008)
12. Straßen- und Wegebenennung/ Widmung;  
hier: Wanderweg Schreiberkoppel (029/2008)
13. Beschaffung eines LF 10-6 für die Freiwillige Feuerwehr Ortsteil Klausdorf (001/2008)
14. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung im Ortsteil Raisdorf (012/2008)
15. Richtlinien für die Verleihung des Bürgerpreises (007/2008)
16. Zukünftige Regelung bei der Vergabe städtischer Wohnungen (030/2008)
17. Künftige Handhabe bei Gewährung von Zuschüssen an Vereine (006/2008)
18. Einheitliche Richtlinien für die Ehrung erfolgreicher Sportler (014/2008)
19. Jahresabschluss der Gemeindebetriebe Raisdorf GmbH; (037/2008)  
hier: a) Feststellung des Jahresabschlusses  
b) Gewinnverwendung  
c) Entlastung der Geschäftsführung  
d) Entlastung des Aufsichtsrates
20. Termine

**Nichtöffentlicher Teil:**

21. Gesellschaftsvertrag der Gemeindebetriebe Raisdorf GmbH
22. Neustrukturierung der Verwaltung (005/2008)
23. Grundzüge der Stadtentwicklung;  
hier: Auftrag für die entwicklungsplanerische Beratung (047/2008)
24. Personalangelegenheit (046/2008)
25. Mitteilungen und Anfragen

### **Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

Die Stadtvertretung fasst sodann den Beschluss, dass die Tagesordnungspunkte 21 – 25 in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden.

### **Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 1: Einwohnerfragestunde**

##### **Grundstücksangelegenheit Paradiesweg 4**

Herr Bührsch von der Firma Flenker Bau erklärt, dass er von der Absicht, das Gewerbegrundstück Paradiesweg 4 von der Stadt kaufen zu wollen, hiermit zurücktrete. Er sei enttäuscht, dass die Stadtvertretung sein Anliegen heute nicht beraten werde, wie sich aus der soeben getroffenen Entscheidung über die Tagesordnung schlussfolgern lasse. Nach rd. zweijährigen Verhandlungen in der Grunderwerbsangelegenheit liege noch immer kein greifbares Ergebnis vor. Angesichts des schlechten baulichen Zustandes der Immobilie und der Notwendigkeit, auf betriebliche Entwicklungen durch Investitionen in die Ausstattung des Firmensitzes reagieren zu müssen, könne er auf eine Entscheidung der Stadt nicht länger warten. Er werde sich deshalb jetzt anders orientieren.

Zu der Einlassung nehmen Frau BV Lange-Hitzbleck, Frau Bgm. Leyk, Herr STV Dr. Scholtis, Herr STV Sindt, Herr STV Bartscher und Herr STV Staade Stellung.

Sie führen im Wesentlichen aus, dass die Erklärungen von Herrn Bührsch in Form und Inhalt überraschten. So habe noch ein Gespräch am Freitag der letzten Woche nicht erkennen lassen, dass die Firma Flenker heute eine Entscheidung in der Grunderwerbsangelegenheit erwarte und dies mit der Konsequenz des Rücktrittes vom Kaufangebot verbinde. Aus der Sicht der städtischen Gremien sei darauf hinzuweisen, dass sich der zuständige Ausschuss vor rd. einer Woche erstmals mit der Angelegenheit habe befassen können und befasst habe. Nach Klärung noch offener Punkte bezüglich des Inhaltes des Kaufangebotes wolle der Ausschuss in der nächsten Sitzung eine Entscheidung treffen. Die Stadt treibe die Angelegenheit seit Übernahme in ihren Aufgabenbereich also mit größtmöglicher Beschleunigung voran. Deshalb werde an die Firma Flenker appelliert, die Rücknahme des Kaufangebotes zu überdenken oder zumindest für Gespräche – auch heute im nichtöffentlichen Sitzungsteil oder in einer Sitzungspause – zur Verfügung zu stehen.

Herr Bührsch legte in einer Erwiderung dar, dass er bei seinen Auffassungen und Erklärungen bleibe, jedoch für die Stadt telefonisch erreichbar sei, wenn ein Kontakt gewünscht werde.

##### **Einrichtung einer Einwohnerfragestunde für Ausschusssitzungen**

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Müller, Eichenweg, führt Frau BV Lange-Hitzbleck aus, dass die Stadtvertretung heute die Frage entscheiden werde, ob eine Einwohnerfragestunde auch für Ausschusssitzungen eingerichtet werde. Die Entscheidung sei Bestandteil der zu beschließenden Geschäftsordnung für die Stadtvertretung. Der Entwurf der Geschäftsordnung sehe die Einrichtung von Einwohnerfragestunden für Ausschüsse vor.

##### **Einzelhandelsgutachten**

Herr Müller, Eichenweg, bittet um Auskunft, wer die Kosten des Einzelhandelsgutachtens letztlich trage, das für den Ostseepark derzeit aufgestellt werde.

Frau Bgm. Leyk beantwortet die Frage. Sie führt im Wesentlichen aus, dass

die Leistungsbeschreibung in Abstimmung mit der Landeshauptstadt Kiel und dem Innenministerium so entwickelt worden sei, wie es die im Einzelfall „Ostseepark“ zu klärenden planungsrechtlichen Fragestellungen erforderten. Die Kosten für das Gutachten hätten sich auf die Coop-Pensionskasse abwälzen lassen, die als Grundstückseigentümerin einer großen Liegenschaft an der Klausdorfer Straße ein Interesse daran habe, dass im Rahmen des Gutachtens die bauliche Verwertbarkeit dieser Liegenschaft für Einzelhandelsnutzungen geprüft werde.

Zu dem Einwand von Herrn Müller und Herrn Riesch, Eichenweg, dass es befremdlich erscheine, wenn das Gutachten von einer Stelle finanziert werde, die eigene Interessen im Untersuchungsgebiet verfolge, nimmt Herr STV Sindt Stellung. Im Wesentlichen führt er aus, dass das Auftragsverhältnis von der Gemeinde Raisdorf so angelegt worden sei, dass die Coop-Pensionskasse von Anfang an keinen Einfluss auf Inhalte des Gutachtens haben können. Zweck des Gutachtens sei, belastbare Erkenntnisgrundlagen für die planerische Bestandssicherung und Entwicklung nicht nur eines Grundstückes, sondern des gesamten Ostseeparkes zu gewinnen. Es bedürfe keiner näheren Begründung, dass ein Gefälligkeitsgutachten, dessen Ergebnisse z.B. die Landeshauptstadt Kiel oder die Landesplanung fachlich in Frage stellen könnten, niemandem weiterhelfe. Deshalb habe seinerzeit die Gemeinde Raisdorf darauf geachtet, dass allein öffentliche Interessen das Auftragsverhältnis zu den Gutachtern bestimmten. Die Abwälzung von Planungskosten auf Dritte, die – wie vorliegend die Coop-Pensionskasse – von einer Planung Vorteile erwarten, sei im Planungsrecht ein üblicher und von der Auftragsausführung getrennt zu sehender Finanzierungsvorgang.

### **Überwachung des ruhenden Verkehrs**

Ein Bürger aus dem OT Raisdorf fragt an, wem im OT Raisdorf die Zuständigkeit für die Überwachung des ruhenden Verkehrs obliege. Seine Frage habe zum Hintergrund, dass es die Polizei nur auf Grund einer Anzeige als ihre Aufgabe betrachte, gegen die Verantwortlichen verbotswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge einzuschreiten. Dies führe dazu, dass abgestellte Fahrzeuge teilweise Gehwege unpassierbar machten, ohne dass sich jemand kümmere.

Herr STV Eschmann beantwortet als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit die Frage und führt im Wesentlichen aus, dass der von ihm geleitete Ausschuss die Problematik in seiner Sitzung am 25.09.2008 aufgreifen werde. Dabei gehe u.a. auch um Überlegungen, ob die Stadt eigene Dienstkräfte zur Überwachung des ruhenden Verkehrs beschäftigen könne und wolle. Die Bürgerschaft sei herzlich eingeladen, an der Ausschusssitzung teilzunehmen. Auf die Art und Weise, wie die Polizei ihre Aufgaben erledige, habe die Stadt naturgemäß wenig Einfluss.

### **Schulwegsicherung**

Herr Müller, Eichenweg, regt an, dass sich der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit auch mit der Schulwegsicherung befassen möge. Einer Lösung bedürfe konkret das Problem, dass viele Kinder, die für den Weg von und zum Gymnasium Elmschenhagen das Fahrrad benutzen, in der Gutenbergstraße an der Stelle gestürzt seien, an der die Eisenbahnschiene die Fahrbahn kreuze.

Frau BV Lange-Hitzbleck merkt zu der Anregung an, dass das Gefahrenpotential an dieser Stelle gegenwärtig niedrig liege, weil das Schienenprofil im Fahrbahnbereich mit Schwemmsand angefüllt und deshalb die Fahrbahn eben sei.

## **Aufstellungsverfahren Bebauungsplan Nr. 1a (Bauhaus)**

Herr Riesch und Herr Müller, Eichenweg, bitten, eine im Fachausschuss mangels Einwohnerfragestunde bisher unbeantwortete Frage jetzt zu beantworten. Mit der Frage sei Aufklärung erbeten worden, warum die Gemeindevertretung Raisdorf seinerzeit in einer Sitzung nicht über den vorliegenden Entwurf des Vorhaben bezogenen B-Planes „Max Bahr“ entschieden habe. Erwähnung bedürfe in diesem Zusammenhang, dass das Vorhaben der Firma Max Bahr geringer dimensioniert gewesen sei, als das Vorhaben der Firma Bauhaus, das jetzt an gleicher Stelle verwirklicht werden solle.

Die Wortbeiträge auf diese Frage lassen erkennen, dass es die Mitglieder der Stadtvertretung Schwentinental nicht als ihre Aufgabe ansehen, zur inneren Willensbildung der Gemeindevertretung Raisdorf Stellung zu nehmen. Soweit es um die Willensbildung der Gemeindevertretung Raisdorf gehe, sei als Informationsquelle auf die seinerzeit gefertigten Sitzungsniederschriften zu verweisen. Im Übrigen habe die Firma Max Bahr ihren Antrag auf Zulassung eines neuen Baumarktes zurückgezogen, so dass die Gemeindevertretung Raisdorf keine abschließende Entscheidung über diese Vorhaben treffen können.

### **TOP 2: Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 17.07.2008**

Die Stadtvertretung nimmt von der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 17.07.2008 zustimmend Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

### **TOP 3: Mitteilungen und Anfragen**

#### **TOP 3a: Mitteilungen der Bürgervorsteherin**

Frau BV Lange-Hitzbleck teilt mit, dass sie folgende Termine wahrgenommen habe:

13.08.2008: Teilnahme am Sommerfest der AWO

31.08.2008: Teilnahme an der Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen des Schützenvereines

02.09.2008: Teilnahme an der Seniorenfahrt / OT Raisdorf

03.09.2008: Teilnahme an der Einschulungsfeier im OT Klausdorf

07.09.2008: Teilnahme am Schützenfest

09.09.2008: Teilnahme an der Seniorenfahrt / OT Klausdorf

12.-14.09. 2008: Teilnahme am Volksfest im OT Raisdorf

16.09.2008: Teilnahme an der Mitgliederversammlung des SHGT im Kreis Plön

20.09.2008: Teilnahme am Weltkindertag im OT Klausdorf

#### **TOP 3b: Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Frau Bürgermeisterin Leyk teilt mit, dass sie folgende Termine für die Stadt wahrgenommen habe:

23.07.2008 Gespräch mit dem neuen Kreispräsidenten gemeinsam mit der Bürgervorsteherin, dabei wurden Wirtschafts- und Standortfragen erörtert.

28.07.2008: Antrittsbesuch beim neuen Bürgermeister der Gemeinde Rastorf, Herrn Th. Hass.

01.08.2008: Teilnahme an der Flutlichtdressur des Reitervereines Dobersdorf/Schönkirchen

02.08.2008: Teilnahme am Sportplatzfest

05.08.2008: Teilnahme an der Sitzung der Gemeindevertretung Fargau-Pratjau

12.08.2008: Antrittsbesuch beim Landrat des Kreises Plön

26.08.2008: Runder Tisch mit allen Jugendpflegern, es wurde die künftige Zusammenarbeit und neue Arbeitsfelder erörtert.

31.08.2008: Teilnahme an einem Festkommers „Goldene Konfirmation“

02.09.2008: Teilnahme an der Seniorenfahrt, OT Raisdorf  
08.09.2008: Teilnahme an der Sitzung des Heimbeirates des C. Husen-Hauses, gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten Biastoch  
09.09.2008: Teilnahme an der Seniorenfahrt, OT Klausdorf  
12.-14.09.2008: Teilnahme am Dorffest, OT Raisdorf  
16.09.2008: Teilnahme am Kennenlernfest aller Mitarbeiter der Stadt Schwentimental  
17.09.2008: Teilnahme an einer Veranstaltung im Jugendhaus Klausdorf anlässlich der Verleihung des Generationenpreises

Frau Vogt teilt als stellvertretende Bürgermeisterin mit, dass sie am 02.09.2008 an der Seniorenfahrt für den OT Raisdorf und am 07.09.2008 an einem Schützenumzug und Schützenfrühstück im OT Raisdorf teilgenommen habe.

### **TOP 3c: Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

### **TOP 4: Antrag der SPD-Fraktion; hier: Kreuzung Dütschfeldredder / B 202**

Herr STV Sindt bringt den Antrag der SPD-Fraktion gemäß Schreiben vom 10.09.2008 (Anlage 1) ein und begründet ihn ausführlich im Sinne der schriftlich vorliegenden Antragsbegründung. Ergänzend führt er aus, dass für die ohnehin bereits hohen Gefahren ausgesetzten Verkehrsteilnehmer eine weitere Verschärfung der Verkehrsgefahren im Kreuzungsbereich Dütschfeldredder / B 202 absehbar sei, da auf Grund der weiteren Bebauung eine Zunahme des Verkehrs bereits vorprogrammiert sei. Die Stadt müsse daher in dieser Angelegenheit erneut initiativ werden und dürfe nicht abwarten, bis Schlimmeres passiere. Als zweckmäßige Lösung zur Entschärfung der Gefahren dränge sich der Bau eines Kreisverkehrsplatzes auf. In vergleichbarer Situation hätten Bemühungen um eine Verbesserung der Verkehrssicherheit in Lütjenburg letztlich auch Erfolg gehabt.

Die Mitglieder der Stadtvertretung äußern in der anschließenden Aussprache über den Antrag ihr Unverständnis zur bisherigen Haltung der Straßenbauverwaltung und signalisieren eine Unterstützung des Antrages.

Die Bürgermeisterin informiert die Stadtvertretung über den aktuellen Stand der von der Polizei geführten Unfallstatistik.

Nach Abschluss der Beratungen stellt die Bürgervorsteherin den Antrag der SPD-Fraktion wie folgt zur **Abstimmung**:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich erneut und nachdrücklich bei den zuständigen Trägern der Straßenbaulast für die nachhaltige Verbesserung der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Dütschfeldredder / B 202 einzusetzen. Dem zuständigen Ausschuss ist hierüber zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

### **TOP 5: 1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2008**

Herr Möller erläutert den Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2008. Veranlassung zur Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes sei die Notwendigkeit gewesen, die Instandsetzungskosten des Daches der Schwentinehalle haushaltsmäßig zu finanzieren. Daneben sei eine größere Zahl von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in die Haushaltsplanung einzubeziehen, die sich insbesondere als Folge der Fusion ergeben hätten. Trotz der Mehrausgaben behalte die Stadt einen guten freien Finanzspielraum. Die

Stadtvertretung werde gebeten, den bereits von den Ausschüssen gebilligten Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes zu beschließen.

Nach den Ausführungen fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2008 der Stadt Schwentimental (Anlage 2) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

**TOP 6: Seniorenbeirat**

Herr STV Petersen erläutert in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales die Beschlussempfehlung des genannten Ausschusses.

Anschließend fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

1. Der bisherige Seniorenbeirat aus der ehemaligen Gemeinde Klausdorf bleibt bis zur Wahl eines gemeinsamen Beirates für die Stadt Schwentimental im Amt und führt die Aufgaben kommissarisch weiter. Eine Neuwahl erfolgt parallel zur Bundestagswahl am 27.09.2009.
2. Auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Vereine und Institutionen am 24.09.2008 sollen Vereine aus dem Ortsteil Ralsdorf gebeten werden, Vertreter in den Seniorenbeirat zu entsenden.
3. Die Verwaltung wird gebeten, eine Satzung für den Seniorenbeirat in der Stadt Schwentimental zu entwerfen.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

**TOP 7: Berichtswesen**

Herr STV Sindt stellt in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptausschusses die Bedeutung und die gesetzlichen Rahmenregelungen für das Berichtswesen eingehend dar und erläutert die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zur Einführung des Berichtswesens für die Stadt Schwentimental.

Anschließend fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Dem Hauptausschuss ist jeweils mit dem Stichtag 30.06. und 31.12. ein Verwaltungsbericht mit folgenden Berichtsgegenständen vorzulegen:

- a) Entwicklung und Umsetzung des Haushaltsplanes einschließlich der Entwicklung des Steueraufkommens und sonstiger wichtiger Einnahmen
- b) Entwicklung der Einwohnerdaten (Einwohner, Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle)
- c) Entwicklung der Bautätigkeit (Erstellung von Wohnraum und Gewerberaum bzw. Gewerbeflächen)

- d) Entwicklung der Bauleitplanung
- e) Fortgang der Stadtentwicklung
- f) Situation der Kinder, Jugendlichen und Senioren
- g) Entwicklung der städtischen Bau- und Beschaffungsvorhaben
- h) Umsetzung der Beschlüsse der Stadtvertretung und ggf. der Fachausschüsse, soweit Probleme auftreten
- i) Entwicklung der GBR / städtische Beteiligungen
- j) Besondere Vorkommnisse

Von dem Berichtswesen unberührt bleibt die zeitnahe Unterrichtung der Stadtvertretung seitens der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten nach § 27 Abs. 2 GO.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 8: Geschäftsordnung**

Nach kurzer Aussprache fasst die Stadtvertretung folgenden **Beschluss:**

Der im Entwurf vorliegenden Geschäftsordnung für die Stadtvertretung der Stadt Schwentinental (Anlage 3) wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass in § 17 alle Regelungen betreffend „Schluss der Rednerliste“ ersatzlos zu streichen sind.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 9: Mitgliedschaft Städtetag / SHGT**

Herr STV Sindt erläutert als Vorsitzender des Hauptausschusses die vorliegende Beschlussempfehlung.

Anschließend fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Einer Doppelmitgliedschaft der Stadt Schwentinental im Städtetag und im Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag wird zugestimmt. Die Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2009 zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 10: Landesentwicklungsplan; hier: Stellungnahme zum Entwurf**

Die Bürgermeisterin erläutert kurz den Beratungsgegenstand, die Ergebnisse der Ausschussberatungen und eine als Tischvorlage verteilte Beschlussvorlage.

Anschließend fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

## **Beschluss:**

Die Stadt Schwentinental nimmt zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes wie folgt Stellung:

### **1. Zentralörtliches System**

Über die Einstufung in das zentralörtliche System wird nach den bestehenden rechtlichen Vorgaben außerhalb des Aufstellungsverfahrens zum Landesentwicklungsplan entschieden. Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes enthält allerdings den Hinweis, dass im Jahre 2008 eine Überprüfung zentralörtlicher Einstufungen erfolgen soll. Dies gibt Veranlassung, der Forderung der Stadt Schwentinental (ergänzend zu dem vorliegenden Antrag) auf Einstufung als Stadtrandkern I. Ordnung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums nochmals Nachdruck zu verleihen:

Die derzeitigen zentralörtlichen Einstufungen im Bereich der Siedlungsachse Kiel - Preetz haben zur Grundlage, dass Raisdorf und Klausdorf selbständige Gemeinden sind. Tatsächlich haben beide Gemeinden jedoch fusioniert, und es wurde der aus der Fusion entstandenen neuen Gemeinde am 01.03.2008 das Stadtrecht verliehen.

Die Stadt Schwentinental nimmt neben den eigenen Verwaltungsaufgaben auch die Verwaltungsaufgaben des Amtes Selent-Schlesien wahr und ist damit für einen Verwaltungsbezirk zuständig, in dem rund 20.000 Menschen leben. Versorgungsfunktion nimmt die Stadt für einen Einzugsbereich wahr, der noch deutlich über diesen Verwaltungsbezirk hinaus geht und einen Bereich mit mehr als 400.000 Einwohnern umfasst. Die Stadt erfüllt also bereits in ihrer jetzigen Struktur die Voraussetzungen für eine höhere Einstufung in das zentralörtliche System.

Die von der Stadt Schwentinental beantragte und von der Landesregierung ausgesprochene Verleihung des Stadtrechtes macht das gemeinsame Ziel der örtlichen Ebene und der Landesebene deutlich, dass sich Schwentinental siedlungsstrukturell als Stadt entwickeln soll. Die Stadt erfüllt Versorgungsfunktionen für den Bereich des Kieler Ostufers, die Siedlungsachse Kiel - Preetz und einen bis zum Selenter See reichenden Raum. Zu diesem Ziel führt eine diese Entwicklung steuernde landesplanerische Entscheidung, nämlich die Einstufung als Stadtrandkern I. Ordnung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums. Damit wäre ein zukunftsfähiger Rahmen für örtliche Planungen vorgegeben. Diese Vorgabe muss jetzt, also im Rahmen der zeitgleichen Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes und der Überprüfung des zentralörtlichen Systems, erfolgen, um örtlichen Planungen Sicherheit zu geben und für sie eine Grundlage zu schaffen. Um die Berücksichtigung bereits abgeschlossener Entwicklungen und vorhandener Strukturen bei der Einstufungsentscheidung geht es jedoch nicht allein. Es stellen sich vielmehr auch hier die bei der Erarbeitung des Landesentwicklungsplanentwurfes herangezogenen Leitbildfragen: "Was wollen wir" und "Wie kommen wir dahin?".

Viele Ziele und Grundsätze im Landesentwicklungsplan nehmen auf zentralörtliche Einstufungen Bezug. Zentralörtliche Einstufungen steuern somit die künftige Entwicklung aller Orte entscheidend mit.

Die bestehenden zentralörtlichen Einstufungen im Bereich der Siedlungsachse Kiel - Preetz sind im Kontext der geschaffenen neuen Verwaltungsstrukturen unverständlich und unschlüssig. Sie steuern die künftige Entwicklung damit nach überholten Ausgangsvoraussetzungen und damit falsch. Schwentinental könnte sich nicht als Stadt sondern nur so entwickeln, wie es für die Gemeinden Raisdorf und Klausdorf richtig gewesen sein mag.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Stadt Schwentinental eine positive Entscheidung über den gestellten Antrag auf Einstufung in das zentralörtliche System als Stadtrandkern I. Ordnung mit

Teilfunktionen eines Mittelzentrums. An diesem Antrag und seiner umfangreichen Begründung wird ausdrücklich festgehalten.

## 2. Einzelhandel

Zu Ziff.. 6.8:

**Die Aussagen zum Einzelhandel werden den Belangen der Stadt Schwentental in keinster Weise gerecht, da sie die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort weitgehend unberücksichtigt lassen.** Schwentental hat zurzeit über 800 Gewerbebetriebe, das Gros davon im Ostseepark, und beherbergt damit eines der größten Fachmarktzentren in Deutschland.

Der Ostseepark verfügt als großflächiger Fachmarktstandort über ein entsprechend breites in alle Himmelsrichtungen ausstrahlendes räumliches Kundenspektrum. Einzelheiten hierüber sind nachzulesen im Gutachten zur Einzelhandelsentwicklung für Raisdorf vom Oktober 2007. Das Einzugsgebiet umfasst fast 400.000 Einwohner und die Einzelhandelsumsätze liegen im dreistelligen Millionenbereich. Die Einzelhandelsverkaufsflächen betragen im Jahr 2007 95.000 m<sup>2</sup>, davon allein im Ostseepark 89.000 m<sup>2</sup>.

Die Zielsetzung, dass solch großflächiger Einzelhandel und die Versorgung mit höherwertigen Waren des a-periodischen Bedarfs nicht flächendeckend, sondern lediglich in zentralen Orten erfolgen soll und auch die vorgenommene Zuteilung von Verkaufsoberflächengrenzen entsprechend dem zentralörtlichen Bedeutung, ist zwar durchaus nachvollziehbar. Jedoch werden Orte wie Schwentental, in denen sich der Einzelhandel aufgrund verschiedener Umstände nicht entsprechend diesen Vorgaben entwickelt hat, dabei nicht berücksichtigt. Hierzu lediglich eine Aussage zu treffen, dass solche Gemeinden, in denen erhebliche Flächenüberhänge vorhanden sind, durch eine Bauleitplanung sicherzustellen haben, dass Größen- und Sortimentsbeschränkungen eingeführt werden, ist unakzeptabel.

**Schwentental erwartet, dass die Landesplanung zu den gewachsenen Strukturen steht, der neuen Stadt im Zuge des Landesentwicklungsplanes eine Ausnahmefunktion zuweist und trotz eines Verkaufsflächenüberhanges Entwicklungsmöglichkeiten lässt.**

Ob die in Abs. 12 auf Seite 77 im Zusammenhang mit dem Einzelhandel aufgenommene Pflicht zur Aufstellung von B-Plänen zielführend ist, wird bezweifelt.

## 3. Schienenverkehr

Zu Nr. 7.4.2:

In den Ausführungen „Schienenverkehr“ fehlen aus Sicht Schwententals Aussagen zum Ausbau der Strecke Kiel-Lübeck (möglicherweise Elektrifizierung und zweispurig) sowie zu dem Projekt Stadtreionalbahn.

## 4. Gewerbe und Dienstleistungen

Die komplizierten und umfangreichen Ausführungen zur Flächenvorsorge für Gewerbe und Dienstleistungen stellen Entwicklungshemmnisse dar. Zumindest für die Verdichtungsräume mit ihren Siedlungsachsen muss gelten und auch klar formuliert werden, dass der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang gebührt.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

**TOP 11: Aufstellung eines Einzelhandelskonzeptes für den Ostseepark und Aufstellung des B-Planes Nr. 57 für das Gebiet „Mergenthalerstraße / Gutenbergstraße“ als Umsetzungsmaßnahme einschließlich Plansicherungsinstrumente;  
hier: Aufstellungsbeschluss**

Der Beratungsgegenstand und die Ergebnisse der Ausschussberatungen werden von Herrn Becker erläutert.

In einer kurzen Aussprache werden zur Bedeutung des Aufstellungsbeschlusses unterschiedliche Akzente gesetzt. Im Ergebnis besteht jedoch Einvernehmen in der Beurteilung, dass es gelte, möglichst kurzfristig Planungssicherheit für den Ostseepark zu schaffen und dabei die neuen Möglichkeiten der Stadt Schwentimental zu nutzen. Der Weg zu diesem Ziel führe über die im Aufstellungsverfahren befindlichen Leitlinien für den Einzelhandel des Ostseeparkes. Alle politischen Kräfte in der Stadt seien aufgerufen und eingeladen, auch außerhalb der Stadt dafür zu wirken, dass ein Konsens mit den Nachbarn hinsichtlich der Inhalte der Einzelhandelsleitlinien gefunden werden könne.

Nach Abschluss der Aussprache fasst die Stadtvertretung folgenden

**Beschluss:**

1. Es besteht die Absicht, das Verfahren zur Aufstellung eines Einzelhandelskonzeptes für den Ostseepark zügig zum Abschluss zu bringen. Dennoch könnte sich vor Verabschiedung des Einzelhandelskonzeptes die Situation ergeben, dass Vorhaben zugelassen werden müssen, die einem städtebaulich sinnvollen Inhalt des Einzelhandelskonzeptes nicht entsprechen. Um eine solche Entwicklung zu vermeiden, soll von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Zurückstellung von Baugesuchen in Anspruch zu nehmen.
2. Der für den Einsatz dieses Planungssicherungsinstrumentes erforderliche Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes wird wie folgt gefasst:
  - Ø Für den nördlichen Teilbereich des Gewerbegebietes Ralsdorf-West, begrenzt durch die B 76 im Norden, die Gutenbergstraße im Westen und im Süden sowie der östlichen Grundstücksgrenze des Grundstückes Gutenbergstraße 1-9 im Osten wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der Bebauungsplan erhält die Ordnungsziffer 57 und die Bezeichnung „Mergenthalerstraße/Gutenbergstraße“ (Lageplan – Anlage 4).
  - Ø Durch die Aufstellung des B-Planes soll die Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen des großflächigen Einzelhandels, insbesondere durch Umsetzung des in der Aufstellung befindlichen Einzelhandelskonzeptes gesteuert und gesichert werden.
  - Ø Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
  - Ø Weitere verfahrensleitende Entscheidungen sollen erst nach Verabschiedung des Einzelhandelskonzeptes getroffen werden.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

**TOP 12: Straßen- und Wegebenennung / Widmung;  
hier: Wanderweg Schreiberkoppel**

Herr STV Eschmann erläutert als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit die Beschlussempfehlung und verbindet dies mit einem Dank an Herrn Hahn für seine sehr hilfreichen Ausführungen zum historischen Hintergrund des Namensvorschlages für den neu hergestellten Wanderweg.

Die Stadtvertretung schließt sich dem Dank an Herrn Hahn an und regt eine Veröffentlichung seiner Ausarbeitung im städtischen Mitteilungsblatt an.

die Stadtvertretung fasst sodann folgenden

**Beschluss:**

Der Wanderweg zwischen der Schreiberkoppel und dem Klosterforst, bestehend aus den Flurstücken 15/1, 34/1, 33/1 und 9/4 der Flur 11 Gemarkung Raisdorf, gemäß anliegender Flurkartenauszüge (Anlage 5) erhält die Wegebezeichnung „Zum Forsthaus Vogelsang“. Die Verwaltung wird beauftragt, den Weg nach Eigentumsübernahme entsprechend zu widmen.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

**TOP 13: Beschaffung eines LF10/6 für die Freiwillige Feuerwehr OT Klausdorf**

Herr STV Eschmann erläutert als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit die Beschlussempfehlung. Er merkt an, dass die Ausstattungsmerkmale des zu beschaffenden Fahrzeuges auf Wunsch der Ortswehr Klausdorf erweitert wurden. Den Beschaffungsvorgang habe noch die Gemeinde Klausdorf vor der Fusion eingeleitet.

Nach der Einführung fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

**Beschluss:**

Der Auftrag zur Beschaffung eines LF 10/6 wird wie folgt vergeben:

Los 1: Fahrgestell

MAN Truck & Bus Deutschland GmbH Hamburg, Edinsonstraße 44, 24145 Kiel

Los 2: Aufbau

Albert-Ziegler GmbH & Co KG, Memminger Straße 28, 89537 Giengen

Los 3: Beladung

G.B.S. Handelsgesellschaft mbH, Löwenbrucher Ring 36, 14974 Ludwigsfelde

Die Gesamtkosten für die Beschaffung betragen brutto 254.295,07 €. Die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 5.500 € werden bei der HHSt. 1320.001.93500 im Haushalt 2009 bereitgestellt. Weiterhin werden in 2009 das Honorar für die KUBUS GmbH eingeplant, und zwar in Höhe von 6.700 €.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 14: 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung im OT Raisdorf**

Herr Eschmann erläutert als Vorsitzender des Ausschuss für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit die vorliegende Beschlussempfehlung. Anschließend fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

##### **Beschluss:**

Die letzte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung im OT Raisdorf (Anlage 6) wird beschlossen.

##### **Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 15: Richtlinien für die Verleihung des Bürgerpreises**

Frau STV Vogt erläutert als Vorsitzende des Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften die Beschlussempfehlung.

Die Bürgervorsteherin stellt die Beschlussempfehlung mit dem Hinweis, dass die Bürgerschaft Vorschläge für mit dem Bürgerpreis zu ehrende Personen bis zum 01.11.2008 einreichen könne, wie folgt zur **Abstimmung**:

Der Entwurf der Richtlinien der Stadt Schwentimental für die Verleihung eines „Bürgerpreises der Stadt Schwentimental“ (Anlage 7) wird beschlossen.

##### **Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

#### **TOP 16: Zukünftige Regelung bei der Vergabe städtischer Wohnungen**

Herr STV Sindt stellt einfürend die Historie und den bisherigen Stand der Willensbildung dar. Danach sei in der Gemeinde Raisdorf ein Unterausschuss des Sozialausschusses für Wohnungsvergaben zuständig gewesen. Die Verwaltung habe in einer Vorlage deutlich gemacht, dass es sich bei Wohnungsvergaben auf Grund der Bestimmungen der neuen Hauptsatzung nunmehr um ein Geschäft der laufenden Verwaltung in der Organzuständigkeit der Bürgermeisterin handele. Abweichend hiervon habe der zuständige Fachausschuss empfohlen, erneut einen Wohnungsvergabeausschuss einzurichten. Im Hauptausschuss seien hiergegen geltend gemachte Bedenken hinsichtlich Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit erörtert worden. Die Erörterungen hätten die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion zum Anlass genommen, folgenden gemeinsamen Antrag einzubringen:

Zur Vorbereitung der Vergabe von Wohnungen durch die Stadt Schwentimental wird ein Wohnungsvergabegremium gebildet, dem je ein Stadtvertreter/eine Stadtvertreterin der in der Stadtvertretung vorhandenen Fraktionen angehört. Die Fraktionen benennen jeweils ihr Mitglied. Das Gremium berät die Bürgermeisterin. Die Bürgermeisterin wird gebeten, vor der Vergabeentscheidung das Gremium in der im Einzelfall gebotenen Form zu beteiligen.

Der Antrag bringe die verfassungsrechtlichen Aspekte mit dem Wunsch in Übereinstimmung, Entscheidungen über die Nutzung von Wohnungen, soweit entsprechende Rechte der Stadt zustünden, durch das Ehrenamt zu begleiten.

Ergänzend legt Herr STV Dr. Scholtis die Gründe dar, die für die CDU-Fraktion Veranlassung waren, den Antrag gemeinsam mit der SPD-Fraktion einzubringen.

Für die KG-Fraktion führt Herr STV Bartscher aus, dass es sich bei Wohnungsvergaben nach Auffassung seiner Fraktion jedenfalls jetzt zweifelsfrei um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Die Verwaltung sei hinreichend leistungsfähig, um diese Aufgabe allein sachgerecht erledigen zu können. Die Bildung eines Wohnungsvergabegremiums erzeuge vor diesem Hintergrund daher einen vermeidbaren Verwaltungsaufwand. Auch sei dem Ehrenamt zu raten, mit seinen Ressourcen vorsichtig umzugehen. Schließlich sei darauf zu verweisen, dass im Umkreis von Schwentental keine andere Kommune ein Wohnungsvergabegremium eingerichtet habe. Der eingebrachte Antrag könne daher nicht mitgetragen werden.

Herr STV Staade tritt den Ausführungen von Herrn STV Bartscher in einem Wortbeitrag im Ergebnis bei.

Die Bürgermeisterin führt im Wesentlichen aus, dass sie an ihrer in der Sachstandsmitteilung Nr. 30/2008 dargestellten Auffassung festhalte. Die Verwaltung sei in der Lage, die Wohnungsvergabe allein qualifiziert zu entscheiden. Die benachbarten Verwaltungen im Umland entschieden über Wohnungsvergaben teilweise auf Sachbearbeiterebene. Zu erkennen sei auch, dass die verwaltungsmäßige Betreuung eines Wohnungsvergabegremiums mehr als nur einen unerheblichen Verwaltungszusatzaufwand darstelle. Zudem würden sehr persönliche Daten aus Anträgen einem vermeidbar großen Personenkreis bekannt. Sie bittet deshalb die Stadtvertretung, kein Wohnungsvergabegremium zu bilden.

Im Verlauf der weiteren Aussprache können die unterschiedlichen Auffassungen nicht überbrückt werden.

Nach Schluss der Aussprache stellt die Bürgervorsteherin den eingebrachten gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion (s.o.) zur **Abstimmung**:

**Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen**

Von der SPD-Fraktion wird nach der Abstimmung **Frau STV Sindt** und von der CDU-Fraktion **Herr STV Kirschstein** als Mitglied im Wohnungsvergabegremium benannt. Herr STV Bartscher erklärt namens der KG-Fraktion, dass nach Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion konsequenterweise kein Mitglied für das Wohnungsvergabegremium benannt werde.

#### **TOP 17: Künftige Handhabe bei der Gewährung von Zuschüssen an Vereine**

Frau BV Lange-Hitzbleck erläutert die in den Ausschussberatungen mehrfach modifizierte Beschlussempfehlung.

In der anschließenden Aussprache begründet Herr STV Staade, dass er Ziffer 1 und Ziffer 5 der jetzt vorliegenden Beschlussempfehlung nicht mittragen könne, weil es an Richtlinien fehle, die den Spielraum für Einzelfallentscheidungen begrenzen. Die Wahrung der finanziellen Interessen der Stadt erfordere es, dass man auch Vereinen bei der Finanzierung von Investitionen etwas abverlangen müsse.

Nach anderer Auffassung sei in der Ausschussarbeit ein guter Kompromiss für die Vereinsförderung erarbeitet worden, der auch den Gedanken von Herrn STV Staade berücksichtige. Bei der Vereinsförderung habe es in den ehemaligen Gemeinden Raisdorf und Klausdorf auch keine starren Regelungen, sondern immer Einzelfallentscheidungen gegeben.

Die Stadtvertretung fasst nach Ende der Aussprache folgenden

**Beschluss:**

1. Über die Gewährung von Zuschüssen jeglicher Art wird nach Einzelfall beraten und entschieden.
2. Für Jugenderholungsmaßnahmen werden analog der Richtlinien des Kreises Plön 1,80 € pro Tag und Teilnehmer für Inlandsfahrten bzw. 3,-- € für Auslandsfahrten pro Tag und Teilnehmer gewährt.
3. Für aktive Jugendliche in Sportvereinen wird auf Antrag ein jährlicher Pauschalbetrag in Höhe von 7,50 €/Mitglied gezahlt.
4. Für Jugendgruppenleiter wird analog der Richtlinie des Kreises Plön auf Antrag ein jährlicher Pauschalbetrag in Höhe von 120,-- € gezahlt. Diese Regelung gilt nur, sofern der Verein, für den der Jugendgruppenleiter tätig ist, keine Zuschüsse für aktive Jugendliche erhält.
5. Die Verwaltung wird gebeten, mit den Vereinen Kontakt aufzunehmen, welche in den vergangenen Jahren nennenswerten Zuschussbedarf angemeldet haben. Diese sollen gebeten werden, rechtzeitig deren Investitionsbedarf mitzuteilen, um ein Höchstmaß an Planungssicherheit für den städtischen Haushalt zu gewährleisten.
6. Die vorgenannten Regelungen gelten ab dem 01.01.2009.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme**

**TOP 18: Einheitliche Regelung für die Ehrung erfolgreicher Sportler**

Nach einer kurzen Einführung durch die Bürgervorsteherin fasst die Stadtvertretung folgenden

**Beschluss:**

Der Entwurf der Richtlinien der Stadt Schwentinental für die Ehrung erfolgreicher Sportler (Anlage 8) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

**TOP 19: Jahresabschluss der Gemeindebetriebe Raisdorf GmbH;**

hier: a) Feststellung des Jahresabschlusses

b) Gewinnverwendung

c) Entlastung der Geschäftsführung

d) Entlastung des Aufsichtsrates

Die Bürgermeisterin erläutert den Beschlussvorschlag und merkt dabei an, dass der Jahresabschluss 2007 der Gemeindebetriebe Raisdorf von einem Wirtschaftsprüfungsbüro bestätigt worden sei.

Ohne Aussprache fasst die Stadtvertretung folgenden

**Beschluss:**

**a) Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss 2007 einschließlich Lagebericht 2007 wird, der Empfehlung des Aufsichtsrates vom 20.05.2008 folgend, wie folgt festgestellt:

|                        |                     |
|------------------------|---------------------|
| Bilanzsumme:           | 9.431.313,80 €      |
| Summe der Erträge      | 5.424.840,85 €      |
| Summe der Aufwendungen | 5.157.472,90 €      |
| <b>Jahresgewinn</b>    | <b>267.367,95 €</b> |

### b) Gewinnverwendung

Der Jahresgewinn in Höhe von 267.367,95 € wird, der Empfehlung des Aufsichtsrates vom 20.05.2008 folgend, in die Gewinnrücklage eingestellt.

### c) Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

### d) Entlastung des Aufsichtsrates

Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)**

### TOP 20: Termine

Es werden folgende Termine mitgeteilt:

|                            |   |
|----------------------------|---|
| 24.09.2008                 | 19.30 Uhr, AG der Vereine und Institutionen   |
| 30.09.2008                 | 18.00 Uhr, Lärmaktionsplanung (Besprechungszimmer GBR)  |
| 02.10.2008                 | Kreistagssitzung  |
| 03.10.2008                 | Tag der Deutschen Einheit   |
| 06.10.2008                 | 19.00 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen                    |
| 09.10.2008                 | Sitzung des VHS-Beirates  |
| <b>13.10. - 25.10.2008</b> | <b>Herbstferien</b>   |
| 13.10.2008                 | 17.00 Uhr, Gesellschafterausschuss  |
| 27.10.2008                 | 19.00 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Bauwesen   |
| 28.10.2008                 | 19.00 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit                   |
| 30.10.2008                 | 19.00 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften (im OT Klausdorf) |
| 31.10.2008                 | Reformationstag   |
| 03.11.2008                 | 19.00 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales                                   |
| 06.11.2008                 | Kreistagssitzung  |
| 07.11.2008                 | FF Klausdorf, Preisskat f. passive Mitglieder   |
| 10.11.2008                 | 19.00 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen                    |

|            |  |
|------------|--|
| 11.11.2008 | 19.00 Uhr, Sitzung des Hauptausschusses              |
| 15.11.2008 | FF Klausdorf, Spieleabend                            |
| 17.11.2008 | 19.00 Uhr, Sitzung der Stadtvertretung               |
| 24.11.2008 | gemeinsame Sitzung Stadtvertretung und Amtsausschuss |

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt Frau BV Lange-Hitzbleck den öffentlichen Sitzungsteil um 21:10 Uhr und unterbricht die Sitzung.

gez. Angelika Lange-Hitzbleck  
Bürgervorsteherin

gez. Jens Becker  
Protokollführer